



Stierthal'scher Annoncen-Expeditor in Breslau 5 Markt, Wögen-Abonnent. 50 Pf.,
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den
Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 60 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 29. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 56. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trevesend.

Montag, den 3. Februar 1879.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

42. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Februar.

10 Uhr. Am Ministerische: Friedenthal, Graf zu Eulenburg, Maybach und mehrere Commissarien.

Der Gesetzentwurf wegen Aufhebung der §§ 29—48 des Lauenburgischen Gesetzes vom 24. Juni 1871, betr. Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterhaltungswohnort wird in erster und zweiter Beratung ohne Debatte genehmigt.

Der Gesetzentwurf, betr. die Dedung der erforderlichen Mehrkosten für den Bau der Bahnen: Reichsgrenze bei Sierk nach Oberlahnstein und von Godelheim nach Northheim beantragt Abg. Knebel der Budgetcommission zu überweisen; es handle sich im Ganzen nur um eine Uebertragung, denn bei einer Strecke seien Ersparnisse gemacht worden, die zur Dedung der Mehrkosten der andern Strecke verwendet werden sollen. Redner weist dann noch auf das Bedürfnis hin, die Moselbahn mit Seitenbahnen für den Localverkehr zu versehen; — an der Mosel sei eine dichte Bevölkerung, die Bahn habe aber bei den bedeutenden Krümmungen des Flusses das Flussthale auf eine bedeutende Strecke verlassen müssen, so daß ein großer Theil der verkehrsreichsten Ortschaften, besonders Berncastel und Trarbach, vom Bahnverkehr ausgeschlossen seien. — Redner fragt die Regierung, in welchem Stadium sich die Verhandlungen über den Bau von Secundärbahnen mit Anschluß an die Hauptbahn befinden.

Geheim-Rath Grütze: Die Staatsregierung hat die Frage dieser Secundärbahnen nicht aus dem Auge gelassen; es haben in letzter Zeit Vorarbeiten stattgefunden. Augenblicklich schweben Verhandlungen mit den beteiligten Kreisen und Städten wegen Aufbringung der erforderlichen Mittel.

Abg. v. Benda will sich der Ueberweisung des Gesetzentwurfes an die Budgetcommission nicht widersetzen; er hofft aber, daß dies die letzte Vorlage sein werde, die man der Budgetcommission überweise. (Sehr richtig!) Ein angenehmer Abschluß sei sie leider nicht.

Die Vorlage wird der Budgetcommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betr. die Aufnahme einer Anleihe zur Verbesserung der märkischen Wasserstraßen. Es sollen 5,227,000 Mk. bereitgestellt werden für die Verbesserung folgender Strecken: I. Wasserstraße Hohenhausen-Spandau-Berlin, und zwar: 1) Finowcanal, 2) Dränburger Canal, 3) Havelstrecke zwischen Finow und Dränburger Canal, 4) Havelstrecke von Pinnow bis zur Einfahrt in den Berlin-Spandauer Schiffahrtskanal; II. Wasser-Verbindung von Berlin nach dem Plauer Canal, bezw. bis zur Elbe, und III. Spree: 1) vom Damerstee bis Köpenick, 2) Müdersdorfer Gewässer von dem Köpfel bis zum Damerstee.

Referent Abg. Kistner (Rathsbürg) empfiehlt im Namen der Budget-Commission die unveränderte Annahme der Vorlage. Es handle sich nicht um die Anlage neuer Canäle, sondern um die Erhaltung und Verbesserung bestehender Wasserstraßen. Die bezeichneten Wasserstraßen werden hauptsächlich von den sogenannten Oberläufen und Zillen benutzt und sollen so verbessert werden, daß eine volle Beladung der Rähne möglich ist. Die höchste Belastung der Schiffe mit 2300—2500 Centner entspricht einem Tiefgang von 1,26 Meter; dazu würde eine Wassertiefe von 1,50 Meter erforderlich sein, die aber mit Rücksicht auf niedrigen Wasserstand, auf Vertiefungen und Verflachungen auf 1,75 Meter erhöht werden müßte. Jetzt stellt sich die Tiefe bei normalem Wasserstand auf 1—1,50 Meter, so daß die Schiffe eine Belastung von nur 1800 Ctr. vertragen können. Die Nothwendigkeit dieser Arbeiten wurde allseitig anerkannt, aber es wurden weitergehende Wünsche laut und zwar wegen Verbesserung des ganzen Spreeflusses und besonders der Berliner Wasserstraßen. Die Nothwendigkeit der letzteren Arbeiten wurde auch von der Regierung anerkannt, welche die Erklärung abgab, daß sie diese Aufgabe stets im Auge behalten werde. Was den bei der ersten Lesung vom Grafen Hade angeregten Punkt betreffe, die Tieferlegung des Wasserspiegels des Finowcanals im Interesse der Deichbauten, so sei der Budgetcommission darüber eine Petition zugegangen, die aber selbstständig behandelt werden sollte.

Abg. v. Bunsen: Wenn sich an die Vorlage große Erwartungen geknüpft haben, so ist ein grammatischer Fehler im Titel daran schuld; es müßte nämlich nicht heißen: Verbesserung der märkischen Wasserstraßen, sondern: Verbesserung märkischer Wasserstraßen. Der von der Regierung herabgehobene Specialpunkt ist von der größten Wichtigkeit und die Vorlage hat auch die vollste Billigung in allen Interessentenkreisen gefunden. Höchst nothwendig ist aber die Verbesserung der Berliner Wasserstraßen, die besonders Mangel an Schiffen und Ladestellen haben; wird der Verkehr nach Berlin durch die vorgeschlagenen Verbesserungen erleichtert, so werden sich noch mehr Schiffe ansammeln, die nicht löschen können und dabei wird es schwer werden, die Canäle inne zu halten. Die Verbesserung der Wasserstraßen Berlins wird dann eine unbedingte Nothwendigkeit sein.

Abg. v. d. Knefbeck: Im vorigen Jahre hat das Haus 100,000 Mk. bewilligt zur Fertigstellung der Verbindung des Rheinberger Sees mit der Havel; zugleich wurde aber auf den Antrag des Abg. Berger der Bau stillgestellt, weil sich Differenzen, betreffend den Anschluß an die medlenburgischen Gewässer herausgestellt hatten. Dadurch ist den Abjacenten bedeutender Schaden entstanden; es sind mit der Hoffnung auf Fertigstellung des Canals verschiedene Etablissements entstanden, die nun keine Abfahrtsstraße haben. Ich bitte um Aufklärung darüber, wie weit die Verhandlungen mit den medlenburgischen Regierungen gediehen sind und ob der Bau und die Eröffnung des Canals noch in diesem Jahre zu erwarten steht.

Geh. Rath Hüner: Die Staatsregierung theilt das Bedauern über die eingetretenen Störungen; gerade in den letzten Tagen ist ein Schreiben der medlenburgischen Regierungen eingegangen und es liegt begründete Hoffnung vor, binnen Kurzem die Schwierigkeiten beseitigt zu werden. Hoffentlich kann mit Beginn der Bauzeit der Bau beginnen, dann wird auch innerhalb der Bauzeit der Canal noch eröffnet werden können.

Abg. Schröder (Barnim) begrüßt die Vorlage mit Freuden; man müsse anerkennen, daß die Regierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln das Möglichste gethan habe. Aber es sei ihr doch nicht möglich gewesen, im Finow-Canal die normale Wassertiefe überall zu erhalten. Die Tiefe von 1,50 Meter ist im Finow-Canal nur an wenigen Stellen vorhanden, aber nur bei so schmaler Fahrtrinne, daß beladene Schiffe einander kaum ausweichen können. Ferner ist im Laufe der Zeit die normale Sohlbreite des Canals fast ganz verschwunden, so daß eine Lösung der Ladung oft nur dann möglich ist, wenn das Schiff vorher erleichtert ist. Welche Unbequemlichkeiten daraus erwachsen, könne man daraus abnehmen, daß auf dem Finow-Canal jährlich 30,000 Schiffe verkehren, was bei einer Belastung von 1800 Ctr. 270,000 Eisenbahnwaggon-Ladungen à 200 Centner entsprechen.

Das Haus genehmigt darauf die Vorlage, indem der Titel verändert wird in: Anleihe zur Verbesserung märkischer Wasserstraßen.

Es folgt die Beratung der Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses; bei dem letzteren bemerkt

Abg. Berger: Ich habe gegen den Etat des Abgeordnetenhauses um so weniger etwas zu erinnern, als derselbe nicht mehr verlangt, als wir im vorigen Jahre dafür bewilligt haben. Ich will nur eine Frage an den Referenten der Budgetcommission oder an ein sonstiges Mitglied des verehrten Vorstandes richten, bezüglich eines Gegenstandes, der schon seit langen Jahren meine Aufmerksamkeit erregt hat. Als ich nämlich vor 13 oder 14 Jahren in dies Haus trat, erzählte mir der verstorbene College Kisch, der bekanntlich in allen internen Angelegenheiten dieses Hauses am besten unterrichtet war, daß in unserer Präsidialwohnung ein sehr werthvoller Silbergeschloß verborgen sei. (Sehr richtig!) Da ich mich für Silbergeschloße jeder Art immer sehr interessiert habe, bat ich um nähere Information, und Kisch erzählte mir, allerdings damals unter dem Siegel der Verschwiegenheit: zur Zeit der conservativen Aera in den fünfziger Jahren habe die damalige Majorität das Bedürfnis gefühlt, dem Präsidenten dieses Hauses als einem

der ersten Würdenträger eine angemessene Dienstwohnung zu geben und dieselbe zweckentsprechend einzurichten, damit der Herr Präsident des Hauses seinen Repräsentationspflichten, wie die damalige Majorität es meinte, nachzukommen in der Lage sei. Unter dem damals angeschafften Inventarium befände sich auch ein vollständiges, sehr werthvolles Silbergeschloß, aber leider habe im Laufe der Jahre niemals einer der Herren Präsidenten von diesem Silbergeschloß Gebrauch gemacht. (Sehr richtig!) Da nun der Gegenstand von Interesse ist, zumal heute, wo wir uns in einer solchen finanziellen Decaden befinden, daß man Veranlassung nehmen muß, sich überall umzusehen, wo vielleicht noch irgend ein werthvoller Schatz sei (Große Seiterkeit), so möchte ich fragen, ob dem Referenten der Budgetcommission von diesem Silbergeschloß irgend etwas bekannt ist, in welchem Zustande sich derselbe befindet, und ob derselbe gehörig inventarisiert ist. (Seiterkeit.)

Referent Pilet: In der Budget-Commission ist davon nicht die Rede gewesen.

Beide Etats werden genehmigt; ebenso der Titel 3 des Cap. 127 im Etat des Cultusministeriums, welcher einen Fonds zur Unterstützung von Geistlichen aller Bekenntnisse enthält, und zwar unter Ablehnung des Antrages Windthorst (Meppen), diesen Fonds auch den jüdischen Religionsdienern zugänglich zu machen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Bildung von Wasser-Genossenschaften. Nachdem die §§ 1—19 ohne Debatte nach den Beschläßen der Commission angenommen, knüpft sich eine längere Discussion an den § 20, welcher von den Verbindlichkeiten der Genossenschaften handelt. Die Regierungsvorlage hat dafür die Solidarhaft vorgeschlagen, die Commission beantragt dagegen, die zur vollen Tilgung der Verbindlichkeiten nöthige Summe auf dem Wege der Umlage nach dem im Statut festgesetzten Theilnahme-Verhältnis aufzubringen. Abg. Hänel beantragt, diese Umlage durch den Vorstand bez. die Liquidatoren vornehmen zu lassen und schlägt dann noch spezielle Bestimmungen für den Fall vor, daß der Vorstand die Verteilung der umgelegten Beträge verweigern oder verzögern sollte. — Abg. Biesenbach beantragt eine noch stärkere Einschränkung der Haftpflicht, indem er keinen Genossen für mehr als den dreifachen Betrag dessen in Anspruch genommen wissen will, was er bei der ersten Umlage nach dem statuarisch festgesetzten Theilnahme-Verhältnis leisten muß.

Referent Abg. Freund führt aus, daß die Commission zwar einstimmig das in der Regierungsvorlage adoptirte Princip der Solidarhaft abgelehnt habe, zugleich aber darüber einverstanden gewesen sei, daß man für Verbindlichkeiten der Genossenschaft nicht lediglich das Genossenschafts-Vermögen haftbar erklären, die persönliche Haftung der Theilnehmer also nicht ausschließen könne. Die Commission sei ferner zu dem Beschlusse gelangt, die Verbindlichkeit der Gläubiger im Wege des Umlageverfahrens herbeizuführen. Daß im weiteren Gange dieses Verfahrens die durch Zahlungsunfähigkeit einzelner Genossen entstehenden Ausfälle von den übrigen theilhaftig zu tragen seien, habe man als den allgemeinen Rechtsgrundsatz entsprechend erachtet. Man habe ferner daran festgehalten, daß gegen die Genossen Zwangsvollstreckungen nur aus Erkenntnissen zulässig seien, welche gegen sie, nicht aus solchen, welche gegen die Genossenschaft ergangen sind. Die Annahme des Amendements Biesenbach empfehle sich nicht.

Abg. Biesenbach: Ich bin durchaus kein Feind der Genossenschaften und habe nicht die Absicht, einen Credit der Schulz-Deichs'schen Genossenschaften zu schwächen; aber ich bekämpfe das Princip der Solidarhaft als schädlich und behaupte, daß es in manchen Fällen geradezu zu einer socialen Gefahr werden kann. Nach dem Urtheil angelegener Handelskammern hat sich dieses Princip noch irgendwo bewährt; in immer größeren Kreisen nimmt die Abneigung gegen die Solidarhaft zu und ich hoffe, daß dieselbe auch bis zur Regierung dringen und die Frage anregen wird, ob nicht auf dem Wege der Reichsgesetzgebung dagegen Abhilfe zu schaffen sein wird. Die Solidarhaft gewährt keinen Anhalt für das Maß des zu gewährenden Credits, da die Zahl der Genossenschafter stets wechselt und ebenso das Vermögen der Genossenschaft, dagegen ist sie gleichbedeutend mit einer Schädigung des Credits Dritten gegenüber. Tausende, die sonst Freunde des Genossenschaftswesens sind, lassen sich durch das Princip der Solidarhaft vom Beitritt abhalten. In der Rheinprovinz haben sich sehr viele sehr geleitete Genossenschaften wegen dieses Principes in Actiengesellschaften umgewandelt, ohne dadurch an ihrem Credit etwas einzubüßen, im Gegentheil haben sie jetzt immer weitere Kreise in den Bereich ihrer segensreichen Wirksamkeit hineingezogen. Die Commission hat nun zwar das Princip der Solidarhaft für die Wasser-Genossenschaften abgelehnt, sie ist aber nicht glücklich gewesen in der Wahl dessen, was sie an die Stelle setzt, da es in Wirklichkeit dasselbe ist. Der Genossenschafter haftet auch jetzt noch für die ganze Schuld der Genossenschaft, der Unterschied besteht nur darin, daß ihm früher das Ohr einmal abgeschnitten wurde, während es jetzt gradatim geschehen soll. Man wendet allerdings ein, daß es sich hier um Genossenschaften handelt, die keine gewagten und gefährlichen Geschäfte machen, aber die hier in Betracht kommenden Unternehmungen können doch große Schulden contrahiren und die Umlagen sollen bis zur vollen Befriedigung der Gläubiger ausgebeutet werden. Für die letzteren ist die Geltendmachung der Solidarhaft mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden, ja sie wird unter Umständen ganz illusorisch sein. Der Antrag Hänel verbindet, daß bei dem Zusammenbruch einer Genossenschaft die einzelnen Gläubiger vorgehen können, indem er bestimmt, daß Liquidatoren einzutreten haben und darum empfehle ich seine Annahme. Mein Antrag bezweckt die unbedingte Haftbarkeit zu limitiren.

Regierungs-Commissar Geh. Justizrath von Bülow bittet den Antrag Biesenbach wegen seiner ganz allgemeinen und deshalb unklaren Fassung abzulehnen.

Abg. Dr. Hänel: Die Annahme des Antrages Biesenbach ist in seiner gegenwärtigen Form ganz unmöglich, da es nach ihm ganz im Belieben der Genossenschaft stehen würde, in welcher Höhe sie im ersten Jahre die Umlage bemessen will; aber selbst wenn man auf die limitirte Haftbarkeit eingehen wollte, müßte man die Höhe des Limitums und der Belastung der Genossenschaft zur vollen Publicität bringen, damit aber wäre die Creditfähigkeit der Genossenschaft todgeschlagen. Der Herr Abg. Biesenbach hat auf die Gefährlichkeit der Solidarhaft hingewiesen, aber ich behaupte, daß man gerade durch diese Gefährlichkeit einen gefunden Druck auf die Geschäftsführung ausüben will und so lange nicht der Beweis erbracht ist, daß diese Gefährlichkeit den Zusammenbruch von Genossenschaften herbeigeführt hat, ist dieser Grund völlig gegenstandslos. Die Haftbarkeit der Mitglieder bleibt nach meinem Antrage vollkommen dieselbe, wie nach dem Vorschlage der Commission. Die Frage, in der wir differiren, ist nur die, wie kommt der Gläubiger zu seinem Gelde? Hier scheint mir im Gedankengange des Commissionärschlusses eine Lücke zu liegen. Nach dem letzteren muß der Gläubiger gegen den einzelnen Genossen klagen und nachweisen, wie hoch jeder nach Maßgabe des Statuts zu belassen ist. Den Ausfall muß er wieder auf sein Risiko auf die Genossenschafter theilen und wieder eintragen. Ich sehe aber nicht ein, warum die Klage gegen die Genossenschaft auf Zahlung nicht auch die Verpflichtung zur Eintreibung der Beiträge einschließen soll. Das Gericht soll nach meinem Antrage diejenigen bezeichnen, die bei einer Weigerung des Vorstandes einzutreten haben, und der von mir vorgeschlagene Weg ist für beide Theile der beste, für die Genossenschafter, wie für die Gläubiger.

Der Regierungs-Commissar Geh. Rath v. Bülow ist im Großen und Ganzen mit dem Hänel'schen Antrage einverstanden, findet nur, daß seine Fassung juristische Bedenken erzeuge, besonders mit Rücksicht auf die Civilproceßordnung.

Abg. Wisselind befürwortet die Annahme des Antrages Hänel vorbehaltlich einer bis zur dritten Lesung vorzunehmenden redactionellen Aenderung des 4. Absatzes und wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Biesenbach. Wenn derselbe, so bemerkt Redner, in seiner Seimath bei den Genossenschaften trübe Erfahrungen gemacht habe, so folge daraus nur, daß die zur Leitung der betreffenden Genossenschaften berufenen Personen unbrauchbar gewesen sind und es würde sehr zu bedauern sein, wenn die Regierung auf den Vorschlag des Abg. Biesenbach, deshalb das

Genossenschaftsgesetz vom Jahre 1868 einer Reform zu unterziehen, ein-
zu-
hen wollte.

Abg. Parisius empfiehlt dem Abg. Biesenbach, sich durch das Studium der genossenschaftlichen Jahresberichte und anderer einschlägiger Bücher über das Genossenschaftswesen besser zu informieren. Die Handelskammer eines Bezirks, in dem eine Genossenschaft zusammengebrochen sei, könne nicht als Sachverständiger angerufen werden. Daß man am Rhein mit den Genossenschaften schlimmere Erfahrungen gemacht habe, als anderwärts, liege zum Theil daran, daß die Handelsgerichte ihre Pflicht nicht immer erfüllt haben, zum Theil an der mangelhaften Concursordnung. In Frankreich seien Tausende von Genossenschaften sehr bald wieder verschwunden, weil sie das Princip der Solidarhaft nicht adoptirt haben und in England sei man gleichfalls dahin gelangt, es einzuführen. Das Amendement Biesenbach sei wegen seiner unklaren Fassung nicht zur Annahme geeignet.

Nachdem noch Abg. Löwenstein die Annahme des Antrages Hänel befürwortet und darauf hingewiesen, daß sich bis zur 3. Lesung leicht eine Fassung finden lassen würde, der die Uebereinstimmung mit der Civilproceßordnung herstelle, wird die Discussion geschlossen und bei der Abstimmung nach Ablehnung des Amendements Biesenbach der Antrag Hänel mit sehr großer Majorität angenommen.

Beim nächsten Paragraphen geht Abg. Biesenbach nochmals auf die Debatte zum vorigen Paragraphen zurück: Auf die persönlichen Angriffe des Abg. Parisius gegen mich kann ich nur erwidern, daß die bekannte Ueberhebung der Mitglieder der Fortschrittspartei sie dazu führt, die Mitglieder anderer Fractionen mit persönlichen Aeußerungen zu tractiren, wenn sie sie mit Gründen nicht widerlegen können. Ich habe dem Hause nur eine objective Kritik des Schulz-Deichs'schen Systems unterbreitet, wie es bei einer so wichtigen Sache sich gebührt. Meine Quelle, die der Abg. Parisius unlauter nennt, war der Bericht der Handelskammer in Düsseldorf an den Minister Achenbach. Die Quelle des Abg. Parisius ist der Director Spitthoff, der gerade die Düsseldorf'sche Gewerbebank in das unglücklichste Unglück gebracht und bei meiner letzten Abreise hierher wegen Betrugs gefänglich eingezogen wurde. Hiernach urtheilen Sie, wessen Quelle die lautere ist!

Abg. Parisius: Diese Behauptung übersteigt alles Denkbare, was mir bisher vorgekommen ist: Schulz-Deichs und alle Genossenschaftstage, die über den Düsseldorf'schen Fall verhandelt haben, haben sich gegen Spitthoff ausgesprochen, ohne freilich zu leugnen, daß die Düsseldorf'schen Genossen mit Schuld hatten, indem sie das Treiben geduldet hatten. Ich speciell habe Spitthoff zum letzten Male vor sechs Jahren auf dem Verbandstage der Rheinisch-Westfälischen Genossenschaften gesehen, wo mir gerade gegen Mißstände verhandelt, welche durch die Düsseldorf'sche Gewerbebank leider auch über andere Genossenschaften in Düsseldorf verbreitet waren. Ich weiß nun nicht, wie der Abgeordnete Biesenbach zu diesen Verdächtigungen kommt. Ich habe ihn nicht persönlich angegriffen, sondern ihm nur empfohlen, sich weiter zu informieren. Zu meinem Bedauern hat er sich nur mangelhaft informiert, sonst würde er gesündere Ansichten über die Genossenschaften haben. Ich bin soeben erst von Schulz-Deichs in einem Privatbrief beauftragt, dem Verbandstage der rheinischen und westfälischen Genossenschaften als sein Vertreter beizumischen. Wenn Herr Biesenbach sich dort einfänden will, und ich lade ihn hiermit dazu ein, so kann er sich darüber belehren, welche unreifen Ansichten er leider heute über die Genossenschaften hat. (Widerspruch im Centrum.)

Abg. Biesenbach: Die Ueberhebung des Abg. Parisius ist nicht mehr eine Sünde, sie ist schon ein Lafter geworden. (Der Präsident erhebt sich und lautet mit der Glocke.) Ich nehme den Ausdruck zurück (Große Seiterkeit). Ich habe nicht behaupten wollen, daß Spitthoff selbst seine Quelle ist; aber die Blätter für Genossenschaftswesen, welche sich mit der Angelegenheit beschäftigen, haben Informationen von Spitthoff erhalten. Auf diese Blätter hat sich Herr Parisius bezogen.

Dieser Paragraph, sowie die folgenden Paragraphen werden ohne wesentliche Debatte, zum Theil mit einigen Aenderungen, die jedoch ledig juristisch-technischer Natur sind, angenommen.

In § 56 ist vorgeschrieben, daß das Statut, sowie jede Aenderung desselben der Bestätigung des Oberpräsidenten unterliegt.

Abg. Dirichlet und die Abg. Hänel und Lasfer beantragen, das Bestätigungsrecht dem Provinzialrath zu übertragen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt Abg. Seydel, daß der Oberpräsident die Bestätigung nur mit Zustimmung des Provinzialrathes verfahren darf. Endlich beantragt v. Benda, die Bestätigung des Statutes durch den zuständigen Minister erfolgen zu lassen.

Abg. v. Benda: Ich bedauere, daß die Commission nicht zu der Entscheidung gekommen ist, die Bestätigung der Statuten dem Provinzialrath zu übertragen, denn eine solche Thätigkeit fällt vorzugsweise in das Gebiet seiner Aufgabe. Der Provinzialrath muß von den vielen kleinen Geschäften entlastet und mit wichtigeren Angelegenheiten betraut werden. Bisher war die Ertheilung der Corporationsrechte der Krone vorbehalten. Der Weg von der Krone zum Provinzialrath ist aber nicht weiter als bis zum Oberpräsidenten. Technische Befähigung bezieht letzterer auch nicht in höherem Maße als der Provinzialrath, die 5 Mitglieder des Provinzialrathes aber haben mehr Kenntniß der localen Verhältnisse als der Präsident. Mein Antrag bezweckt daher nur, für den Fall, daß die andern Anträge nicht angenommen werden, es wenigstens vorläufig bei den bestehenden Verhältnissen zu belassen, bis die Reform der Competenzgesetzgebung durchgeführt ist.

Abg. Dirichlet empfiehlt die Uebertragung der Statutenbestätigung an den Provinzialrath.

Abg. Hänel: Weil der landwirthschaftliche Minister eine neue Organisation von Landesculturbehörden beabsichtigt, sollen wir, bis diese zu Stande kommt in allen Competenzfragen, im Dunkeln tappen, während, wenn wir jedesmal bei den materiellen Fragen die Competenzfrage erledigen, die Reorganisation überflüssig wäre. Der Minister hat ja, wie ich glaube, selbst gesagt, daß seine Vorschläge nur provisorisch seien. Wir sollen also mit Dingen rechnen, die wir absolut nicht übersehen können. Die jetzigen Vorschläge widersprechen der bestehenden Organisation. Hat der Minister Organisationspläne, die geeignet sind in die bisherige Organisation einzuwirken, so werden wir sie prüfen, wenn er sie uns vorlegt. Aber im Vertrauen auf das, was wir nicht kennen, eine solche Behörde, wie sie hier vorgeschlagen wird, anzunehmen, kann der Minister selbst von denen, die ihm volles Vertrauen schenken, nicht beanspruchen.

Minister Friedenthal: Ich will das gesammte Princip, das System, welches sich in den Amendements der Abgeordneten Hänel und Lasfer und in den weiteren dazu gestellten Anträgen ausspricht, besprechen. Wir werden uns dadurch die weitere Discussion außerordentlich erleichtern. Nicht deshalb, weil ich an und für sich auf dem Gebiet der Landesculturbehörden der Mitwirkung selbstverwaltender Behörden wäre, setze ich mich dem Antrage Hänel entgegen, sondern lediglich aus organisatorischen Rücksichten. Nach meinem Dafürhalten ist es für die Förderung der Landesculturbehörden in Preußen, für die ganze Organisation derjenigen Thätigkeit, welche ihren Mittelpunkt in dem landwirthschaftlichen Ministerium findet, von entscheidender Bedeutung, daß es diesem Ministerium und der Staatsregierung im Einvernehmen mit den beiden Häusern des Landtages gelingt, Landesculturbehörden zu schaffen, welche im Stande sind, die großen Mängel zu beseitigen, die auf diesem Gebiet in unserem Vaterlande noch vorhanden sind und diejenigen Gedanken zu verwirklichen, welche in der Stein'schen Gesetzgebung geplant, aber unentwikkelt geblieben sind.

In den beiden Decreten vom September 1814, welche den Grundstein der Entwicklung unserer Landesculturbehörden gelegt haben, waren es dieselben Gesichtspunkte, welche bestimmend sein sollten für die Stiftung der General-Commission und die Organisation des landwirthschaftlichen Vereinswesens. Man ging schon damals von dem Gesichtspunkte aus, es sollten in jeder Provinz Commissionen niedergesetzt werden, welche in gewisser Weise als Immediatbehörden die Aufgabe hätten, den Grund und Boden von den darauf haftenden Lasten zu befreien, die landwirthschaftliche Berufsthätigkeit zu organisiren und auf allen Gebieten die Landesculturbehörden zu fördern. Die spätere Gesetzgebung ist von diesen Principien abgewichen. Jetzt ist noch

meinem Dafürhalten der Moment wieder da, diese Gedanken zugleich im Zusammenhang mit der Verwaltung der Provinzen und Fortien zu realisieren. Deshalb habe ich auch auf die Verbindung dieser Verwaltung mit meinem Ressort so großes Gewicht gelegt. Ich denke mir Provinzial-Verwaltungen, die zusammengefasst sind aus den Museen-Verwaltungs-Verhältnissen, den Domänen- und Forstbehörden, denjenigen Behörden, welche das Meliorationswesen und die Kulturlandwirtschaft zu regeln haben und wenn es irgend möglich, in dieser Beziehung mit dem Ressort für öffentliche Bauten ein Einvernehmen herzustellen, auch aus den Behörden für wasserrechtliche Angelegenheiten, und Strom-Angelegenheiten. Denken Sie sich eine solche Behörde in der Provinz organisiert unter der Oberleitung des Oberpräsidenten. Denken Sie, dass in diesen Behörden ein Senat, der in richtiger Unabhängigkeit und in derjenigen Weise, wie heute die General-Commissionen in ihren richterlichen Geschäften urtheilt, ein integrierender Bestandteil ist, und denken Sie, dass es glückt, im Zusammenhang mit diesen Behörden die Selbstverwaltung in den Provinzialbehörden auszugliedern und für gewisse Functionen eine gemischte Körperschaft zu erhalten, zu welcher Mitglieder der Selbstverwaltung für ganz bestimmte Zwecke, z. B. Wasser- und Meliorations-Angelegenheiten gewählt werden, so haben Sie in großen Zügen, was mir allein richtig und gebräuchlich zu sein scheint.

Ich verhehle mir die sachlichen Schwierigkeiten, die einer solchen Organisation entgegenstehen, nicht; aber diese Schwierigkeiten werden erhöht werden, wenn jetzt definitive Organisationen auf diesem Gebiete getroffen würden. Ich halte die erstrebte Organisation für eine Aufgabe im Interesse des Landes, für die es wohl werth ist, seine ganze Kraft einzusetzen, und deshalb muß ich mit aller Entschiedenheit daran festhalten, daß für jetzt nicht durch andere Organisationen der späteren Gestaltung präjudicirt werde. Darum würde ich noch eben den Antrag v. Benda's bekräftigen, der es vorläufig beim Alten beläßt. Die Regierungsbildung verlangt jedoch von Ihnen nicht ein so unbedingtes Vertrauen ohne Garantien, wie der Abg. Hänel meint, denn es sollen ja nicht statt freiwilliger Rechte mehr gebundene Rechte gesetzt, vielmehr unbedingte Macht in die Hände der Verwaltung gelegt werden. Das ist eine Reform nach der Richtung der Selbstverwaltung hin. Das Gesetz enthält die längst von Ihnen gewünschten freien Genossenschaften unter der Aufsicht des Kreis-Ausschusses. Bei der Genehmigung oder Nichtgenehmigung derselben wird es sich immer nur um formelle Fragen handeln, bei denen das Resultat bei der einen wie bei der andern Behörde dasselbe ist. Wesentlich verschieden ist aber die Lage bezüglich der sogenannten Zwangs-Genossenschaften. Ich bitte Sie, bei einem Gesetze, welches im Uebrigen Reformgesetz ist und sonst Ihren Wünschen entgegenkommt, ein Provisorium für kurze Zeit bestehen zu lassen, was immerhin besser ist, als der gegenwärtige Zustand. — Wenn Sie gegen die Entscheidung, wie Sie sie hier haben wollen, beim § 80 das Verwaltungsverfahren haben wollen, so ist dies nach meinem Dafürhalten gänzlich unzulässig, da damit der Boden verlassen wäre, auf dem dieses Meliorationswesen begründet ist.

In dieser Beziehung habe ich traurige Erfahrungen gemacht bei dem Meliorations-Gesetz; es haben sich so viele Schwierigkeiten entgegengezeigt, daß nur in einzelnen Fällen, wo die Leistungen der Regierung enorm sind, diese wichtigen Genossenschaften bestehen. Genau ebenso wird es gehen, wenn Sie in dieses Provisorium die Meliorations-Genossenschaften einmengen. Die Verwaltungsbehörden werden durch solche Vorschriften so entmuthigt, daß es selbst bei ständiger Ermunterung nicht mehr möglich ist, mit Thatkraft und wirksamer Lust zu schaffen. So sehr ich es bedauern würde, wenn die Arbeit der Commission, welche mit so großer Thätigkeit und Umsicht vorgegangen ist, vereitelt würde, so muß ich erklären, daß ich mich außer Stande befinden würde, bei Annahme der Anträge Hänel und Lasker der Regierung die Zustimmung zu diesem Gesetze zu empfehlen. Nach meinem Dafürhalten fällt damit auch das Gesetz für die Landes- und Provinzial-Bauämter, insofern, als es so lange tot bleibt, bis das Gesetz über die Wassergenossenschaften zu Stande gekommen ist. Die Landes- und Provinzial-Bauämter werden außer dem Geben von Darlehen an Privatpersonen für Drainage und Meliorationen hauptsächlich Genossenschaften zu unterstützen haben; besonders die freien Genossenschaften bedürfen eines stabilen Credits. Diesen haben Sie ihnen geschafft und die öffentlichen Genossenschaften erweitert. Für diese Verbesserungen danke ich Ihnen und bitte, lehnen Sie die Anträge Hänel und Lasker ab und nehmen Sie, wenn Sie den Oberpräsidenten nicht annehmen wollen, den Antrag v. Benda an. Sie haben dann zwei sehr nützliche Gesetze in dieser Session zu Stande gebracht, dem Lande einen wahren Dienst geleistet, ohne der Selbstverwaltung das Mindeste zu vergeben.

Abg. Lasker: Ich werde dem Minister nicht folgen, sondern über den § 56 und den § 80 sprechen, denn der Minister hat nach einem klugen Vorne beide Paragraphen vermieden, um die Selbstverwaltung in diesem Gesetze zu Falle zu bringen. Er hat im Beginn seiner Rede mir sympathische Accorde angeschlagen und wenn wir es nicht mit den Ideen eines einzelnen Ministers über die Einrichtung seines Ressorts, sondern mit einem Gesamtplan des Staatsministeriums über eine allgemeine Verwaltungsreform zu thun gehabt hätten, dann könnte man ja darauf eingehen. Es ist doch nicht unsere Schuld, daß uns auch in diesem Jahre von dem Ministerium kein solcher Gesamtplan vorgelegt ist, nachdem derselbe schon im vorigen Jahre von einem berechneten Mitgliede dieses Ministeriums und entwickelt worden ist. Wir können doch nicht bei jedem einzelnen Gesetz und in jedem Ressort ein besonderes Verwaltungssystem einführen, wir haben ein einheitliches Verfahren bei dem projectirten Unterrichts-Gesetz des Kultusministeriums zurückgewiesen. Jetzt ist mir ein Sperling in der Hand lieber als eine Taube auf dem Dach. Wir können auf schon ausgemachte Zukunftspläne hin nicht unser bestehendes System der Selbstverwaltung durchbrechen. Unser Antrag hat auch nicht den Sinn, daß er nicht dem Vorsehen weichen werde, welches uns eine etwaige Behördenorganisation bringen wird. Wir wollen aber kein neues Provisorium, denn das Land krankt an Provisorien. Schöne Ideen ohne Ausführung können uns nichts helfen. Der Minister stellt event. die Ablehnung beider Gesetze in Aussicht und versteht sich dadurch in die Lage jener Mutter, welche vor die Alternative gestellt war, dasselbe tödten zu lassen oder auf dasselbe zu verzichten. Was hat der Minister thatächlich gegen unseren Antrag? An seinen schlechten Erfahrungen, die er mit dem Forst-Culturgezetz gemacht hat, sind nicht die Behörden-Organisation schuld, sondern es wurde von vielen Mitgliedern des Hauses von vornherein für ein todtgeborenes Kind gehalten. Und wenn diese Culturgezesse auch lediglich öffentliche Interessen und nicht zugleich Privatinteressen zu fördern im Stande sind, so werden sie ebensoviele Blüthe gelangen, und wenn sie noch so bürocratisch ausgeführt werden. Ich glaube, wir hätten doch das Vorurtheil überwunden, daß nur die Bureaukratie vortrefflich verwalte.

In § 56 soll statt des Oberpräsidenten der Provinzialrath die Entscheidung treffen. Wird dadurch die Kultur erdrückt? Wird sie erdrückt, weil in § 80 statt des Oberpräsidenten der Provinzialrath die Statuten festsetzen soll? Sind auch diese Bestimmungen dem Minister unannehmbar? Den schroffen Widerspruch hat der Minister gegen den Passus unserer Anträge gerichtet, welcher die Verwaltungsgerichtsbarkeit in dieses Gesetz einführt, indem es nach dem generellen Prinzip die Revisionsklage wegen Verletzung der Gesetze gegen die Beschlüsse der Verwaltungsbehörden giebt. Ich beantrage eine besondere Abstimmlung über diesen Passus, nicht weil ich glaube, daß unser Staatsorganismus diese Klage nicht vertrüge — vor zwei Jahren waren unsere Verben noch nicht so empfindlich — sondern weil von dessen Ablehnung der übrige Inhalt unserer Anträge gar nicht tangirt wird und ich konstatiren will, ob der Minister auch gegen diesen ist. Wird die Selbstverwaltung ausgeschlossen, dann habe ich zu der Zukunft dieser Kulturbehörden kein Vertrauen. Wir hätten vielleicht auf den Vorschlag des Ministers verständig eingehen können, aber nachdem sich der Minister so unbedingte hier gegen das System der Selbstverwaltung ausgesprochen hat, muß ich Sie bitten, unsere Anträge anzunehmen.

Minister Friedenthal: Ich werde eine Anzahl Fragen des Vorredners nicht beantworten, weil heute nicht der geeignete Zeitpunkt ist, mit ihm über unsere verschiedenen Meinungen über Selbstverwaltung und Bureaukratie zu discutiren. Das Land mag entscheiden, ob ich im bureaukratischen Sinne politisch thätig war. Der Abgeordnete Lasker kann diese unmotivirten Vorwürfe nur ausgesprochen haben, weil er sich allmählich aus Vorurtheile für seine Anträge erhebt. Ich habe mich nicht gegen die Selbstverwaltung ausgesprochen, auch nicht für den Ausschluß derselben von den Landes- und Provinzial-Bauämtern, jeder Zug meiner amtlichen Thätigkeit spricht dagegen. Solche grundlose Behauptungen können nur den Zweck haben, das Haus durch einen Appell an seine Vorurtheile für die Institutionen der Selbstverwaltung, die ich angeblich gefährden soll, gegen mich einzunehmen und für die eigenen Anträge des Vorredners günstig zu stimmen. Nicht mir, sondern dem Vorredner fällt die Rolle zu der eigenjüngigen Mutter, welche lieber ihr Kind tödten lassen will, als von ihrer einmal gemachten Behauptung abgehen. Ich will kein neues Provisorium schaffen, sondern ich will nach dem Antrage v. Benda den gegenwärtigen Zustand beibehalten, bis ein definitives geschaffen ist. Sene Herren wollen inzwischen noch einen neuen Zustand einführen. Ich bin gegen die Anträge des Vorredners, weil sie mechanisch und schablonenhaft, ohne ein organisches Eingehen auf die

specielle Materie aus dem Competenzgesetz abgefaßt sind, ein Verfahren, mit welchem Sie schon öfter der Selbstverwaltung mehr geschadet haben, als ihre beständigen Gegner. Als ihr Freund will ich eine neue Unzufriedenheit der Bevölkerung mit diesem System nicht hervorrufen.

Eine Revision der Selbstverwaltungsgesetze — wie nothwendig sie auch sei — war bei aller Anstrengung der Minister und ihrer Räte in Folge der außerordentlichen Ereignisse des letzten Jahres nicht möglich, das wird jeder Billigdenkende zugeben. Dieser Vorwurf des Abg. Lasker war also ungerecht. Sie können ja sagen, bis nach dieser Revision solle jede Gesetzgebung ruhen, aber so lange die Liberalen — und das war auch in Bezug auf diese Gesetze der Fall — verlangen, daß die Regierung auch vorher dringende Gesetze einbringe, müssen Sie sich gefallen lassen, daß man da, wo man das absolute Nützliche nicht finden kann, das Bestehende eingeschränkt beibehält. Ich bestreite aber dem Abgeordneten das Recht, zu behaupten, ich wolle die bureaukratischen Behörden vermehren; ich hoffe, daß, wenn ich vom politischen Schauplatz abtrete, ich eine Menge Institute als meine Schöpfung hinterlassen werde, die beweisen, wie aus der Luft gegriffen eine solche Behauptung war. (Beifall rechts.)

Abg. Schellwitz bekräftigt den Antrag v. Benda, weil dadurch bis zu der erfolgten Revision der Selbstverwaltungsgesetze die Interessen der Beteiligten besser gewahrt würden.

Abg. Lasker: Der Minister hat meine Frage nicht beantwortet; er hat vom Provinzialrath und vom Verwaltungsjuristenverfahren im § 80 gesprochen und dann allgemein gesagt, wenn diese Bestimmungen angenommen würden, sei das Gesetz unannehmbar. Ist das Gesetz unannehmbar, wenn wir dem Provinzialrath die Bestätigung des Statutes übertragen? Diese Frage möchte ich beantwortet haben. Der Minister hat dann viel von Schablone gesprochen, das wird im „Staatsanzeiger“ ganz gut klingen (Oben rechts); ja das ist doch das Wenigste, was ich gegen den Minister sagen kann. Wenn meine und seine Idee nebeneinander gedruckt würden, so wünschte ich ihnen die weiteste Verbreitung. An der Schablone hat doch die Regierung mitgearbeitet, sie hat selbst daran geschmiedet. Das Verdienst des Ministers um die Selbstverwaltung, so lange er noch nicht Minister war (Heiterkeit), muß ich anerkennen; aber es ist doch etwas Anderes, wenn man eine platonische Liebe für eine solche Institution hat, und wenn man sie in Thätigkeit setzen soll. Ist denn der Provinzialrath eine so schlechte Behörde, daß er keine neuen Gesetze erhalten darf?

Minister Friedenthal: Ich habe die vom Vorredner aufgeworfene Frage sehr klar beantwortet, seine Schuld ist es, wenn er meinen Ausführungen nicht gefolgt ist. Die Anträge Hänel-Lasker kann ich der Staatsregierung zur Annahme nicht empfehlen. Es giebt ja gewisse allgemeine Gedanken, welche richtig sind, wenn man sie auf richtige Verhältnisse anwendet. Das man aber dem Provinzialrath die Statutengenehmigung übertragen will, ist keine richtige Anwendung eines richtigen Gedankens. Wenn dann der Abg. Lasker den Staatsanzeiger als ein wichtiges Organ hinstellt, — ein Regierungsorgan ist er allerdings, aber seine Wirkung als Preßorgan ist doch minimal. Diejenigen Organe, welche dem Abg. Lasker zugänglich sind, sprechen viel lauter als der preussische „Staatsanzeiger“. (Sehr richtig! rechts.) Wenn er dann auf meine frühere Thätigkeit verweisen und behauptet hat, ich hätte sie als Minister verleugnet, so muß ich dagegen protestiren. Derartige Vorwürfe, ungründet vor dem Lande erhoben, vertragen sich nicht. Ist das Haus der Ansicht des Abg. Lasker, so mag es das aussprechen und ich werde meinen Platz räumen. (Unruhe.)

Abg. Hänel: Die Thätigkeit des Ministers ist mir nicht vollständig klar; auf Laskers Frage hat er nicht geantwortet. Ist der Provinzialrath bereits so discret, daß er die Interessen der Landes- und Provinzialrath nicht vertreten kann? Wer behauptet, daß er die ihm in diesem Gesetz übertragenen Arbeiten nicht machen kann? Bietet der Oberpräsident solche Garantien, wie dieses Collegium? Gerade wo es sich um Verletzung von Einzel-Interessen handelt, haben wir immer gemeint, daß nicht ein Individuum, sondern ein Collegium entscheiden soll. Wenn man diesen Gedanken in diesem Falle nicht anwenden will, dann ist er überhaupt nicht anwendbar. (Sehr richtig!) Die Maxime der Regierung kann ich also nur dahin verstehen, daß sie den Selbstverwaltungs-Organisationen überhaupt keine neuen Functionen übertragen will! (Sehr richtig.) Sind wir bereits bis zu diesem Stufungsstadium gelangt, dann ist es besser, man fängt so bald als möglich mit einer Revision an, als daß man materielle Gesetze macht und uns immer vor die Gewissensfrage stellt, ob wir dem Lande die an sich nützlichen Gesetze, aber unter Einwirkung unserer eigenen Gesetzgebung, geben, oder sie ihm unter Wahrung des Princips vorenthalten wollen. (Beifall links.)

Minister Friedenthal: Daß die Regierung zur Eufirung gekommen, ist nicht wahr. Der Kreis-Ausschuß ist noch heute in diesem Gesetz in seinen Aufschlagsfunctionen erwehrt worden. An diesem Punkte, dem Provinzialrath eine Erweiterung eintreten zu lassen, hinderten auch nur organisatorische Bedenken.

Das Haus nimmt darauf die Amendements Hänel-Lasker gegen die Stimmen der Conservativen und einiger National-Liberalen (u. A. Knebel) an. Um 4½ Uhr vertagt das Haus die weitere Verathung bis Abends 7½ Uhr.

Berlin, 1. Februar. [Beide Kaiserliche Majestäten] erschienen gestern Abend auf dem Subscriptionsballe im königlichen Dyrnhause.

[Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahm heute militärische Meldungen, sowie die Rapporte der Leib-Regimenter entgegen und hörte die Vorträge des Chefs des Militär-Cabinetts, Generals von Albedyll, des Generals der Cavallerie Baron von Rheinbaben und des Staats-Ministers von Bismarck.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern im Augusta-Hospital anwesend.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag die persönlichen Meldungen des Commandanten von Breslau, General-Lieutenants von Wulffen, des Commandeurs der 2. Garde-Cavallerie-Brigade, General-Majors v. Drygalski, sowie einiger zur Artillerie-Schießschule commandirten Stabs-Offiziere der Artillerie entgegen und begab sich Abends gegen 9 Uhr zum Subscriptionsball in das Dyrnhaus. (Reichthum.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 159. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 1. Febr. Bei der heute beendeten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

19 88 252 347 493 506 7 46 53 (600) 680 720 68 93 806 87 940 50 1077 140 80 94 99 203 40 45 445 565 (1500) 670 705 22 79 803 (600) 49 (3000) 2015 28 39 89 101 17 51 (600) 56 75 319 37 53 90 400 60 523 609 (1500) 50 95 (300) 711 44 61 64 97 809 951 85 3003 36 (300) 72 107 52 83 234 36 38 353 94 623 68 84 705 7 800 7 73 96 942 4011 55 62 93 181 (600) 244 57 (300) 325 71 77 88 428 48 68 559 (600) 641 89 95 703 4 (300) 29 36 (600) 859 60 947 5021 (3000) 42 52 (300) 76 79 88 92 303 33 34 69 83 442 531 623 43 (300) 731 854 6111 56 80 87 (3000) 94 335 467 87 520 (300) 68 71 625 (1500) 754 821 24 61 64 855 75 87 7032 35 44 (300) 103 41 209 25 34 337 45 417 86 603 13 18 27 (300) 723 71 842 900 29 41 8039 104 273 375 523 82 615 36 710 15 33 (1500) 816 26 89 931 39 55 9020 35 42 (600) 67 98 140 71 75 94 218 92 325 (300) 437 699 754 851 (1500) 53 60 908 93. 10,611 141 217 393 400 8 538 613 (300) 53 709 88 855 11,047 114 (3000) 46 264 (1500) 71 99 344 76 511 745 (300) 805 22 94 972 12,041 54 60 (300) 141 51 290 (300) 55 360 69 88 469 565 63 91 (3000) 604 744 833 35 75 87 902 16 24 81 13,062 (300) 104 46 55 230 38 54 478 525 52 713 35 930 31 47 14,036 48 113 33 66 (300) 72 280 93 320 22 25 90 431 81 521 23 62 648 (600) 58 60 62 83 89 (3000) 99 723 31 42 57 (300) 66 68 808 37 54 88 954 93 (300) 15,150 83 221 301 39 (600) 407 11 12 44 524 635 64 (1500) 94 (300) 761 843 54 76 80 85 (3000) 16,115 21 45 91 258 311 45 418 31 505 (300) 38 (1500) 66 71 (3000) 680 733 53 901 14 36 (300) 46 62 94 17,014 124 55 225 35 311 28 56 407 33 58 85 573 613 30 50 91 712 45 911 15 19 21 (300) 84 (3000) 18,007 96 227 28 65 534 94 691 (300) 752 86 808 919 26 19,037 56 69 80 96 166 83 209 52 311 73 99 418 570 94 605 70 873 971 (3000) 77 97 (3000) 99.

20,021 74 125 26 64 230 325 94 456 70 553 85 87 616 20 (15000) 23 95 723 67 84 21,011 54 58 75 78 79 89 133 (300) 99 234 86 92 99 330 50 73 452 533 698 703 13 32 69 804 (300) 11 39 53 (1500) 56 (300) 69 78 22,103 66 84 230 44 94 373 92 407 27 42 67 75 545 91 612 17 33 54 757 72 77 835 75 90 968 91 (3000)

23,012 (300) 129 32 68 84 224 48 301 23 407 2 56 504 77 605 (600) 57 64 69 810 (600) 50 81 (300) 939 24,012 (3000) 22 6 81 109 14 30 234 63 (3000) 81 427 (300) 61 564 74 626 728 975 25,013 155 240 51 60 65 72 316 60 408 90 575 602 3 (300) 16 60 83 88 777 (300) 841 924 (600) 79 87 (300) 26,002 24 41 53 217 30 49 (300) 79 91 322 55 97 481 (3000) 554 56 640 83 704 (600) 47 804 963 94 27,000 45 51 68 126 54 (600) 217 78 487 (3000) 604 14 43 49 701 9 11 13 (300) 48 67 28,055 108 (1500) 85 225 37 87 318 421 501 695 721 (1500) 70 829 78 927 59 29,020 29 (300) 136 63 (3000) 245 72 304 8 11 50 76 (300) 78 87 441 (300) 75 529 36 42 77 620 92 94 708 820 35 74 85 (300) 926 (300) 30 38 96.

30,064 110 23 93 211 (3000) 56 84 97 307 74 413 69 (600) 500 4 65 (600) 656 773 802 906 8 56 31,022 24 65 123 221 325 (300) 32 407 52 53 97 500 (600) 641 44 89 (600) 719 28 824 47 (600) 73 926 40 32,106 (3000) 10 13 44 70 76 86 246 57 327 73 (600) 419 502 21 646 53 90 777 (300) 940 96 33,020 21 (300) 56 85 88 90 150 61 92 (300) 277 (300) 322 36 71 424 546 656 74 88 (3000) 700 89 90 859 906 20 (3000) 46 34,068 106 44 73 239 43 65 360 536 (300) 41 (1500) 65 89 671 740 832 (300) 77 914 69 85 35,010 38 53 116 58 249 84 99 325 442 547 65 616 (300) 42 60 724 94 890 36,200 37 98 (300) 322 400 19 (300) 25 41 53 78 508 830 41 62 79 913 40 52 57 (600) 37,004 14 132 68 202 23 77 (1500) 428 (3000) 40 534 54 82 83 (1500) 605 13 54 68 756 93 808 14 38 42 89 925 38,122 211 14 (600) 40 64 303 565 70 610 84 746 860 939 39,040 221 370 73 453 60 92 535 614 73 85 39 714 42 46 57 826 938 (300) 52 60 (300).

40,017 23 40 73 243 341 506 96 650 92 (300) 707 13 21 836 47 58 933 41,010 45 101 44 (3000) 204 318 79 500 (300) 22 55 694 733 51 89 90 928 42,028 (600) 148 239 358 75 403 22 23 59 73 (600) 82 606 (300) 47 63 716 (300) 851 67 91 94 (300) 938 (300) 43,084 124 28 373 414 33 509 12 38 (1500) 53 70 771 (3000) 94 832 39 98 921 44,017 24 64 (300) 68 100 20 (300) 29 98 300 3 45 65 541 700 46 53 70 831 921 25 27 59 (300) 45,042 (600) 84 134 231 64 320 75 90 547 51 64 608 (300) 58 67 82 707 839 76 914 20 32 49 46,042 67 (3000) 127 33 96 234 528 32 640 58 (300) 67 73 712 16 (3000) 26 30 (300) 60 68 98 (1500) 802 23 35 927 47,025 131 (300) 55 74 76 98 228 91 94 99 310 15 (300) 53 69 (1500) 78 400 18 536 (300) 41 646 703 58 70 (3000) 73 96 87 979 48,002 152 (600) 255 97 (1500) 308 18 22 38 99 424 32 58 503 7 804 21 70 900 48 96 (300) 49,027 44 135 46 255 307 31 (1500) 405 27 41 52 73 83 680 (300) 747 927.

50,142 75 (600) 88 207 (300) 60 63 313 22 449 (600) 62 528 678 85 748 806 (300) 27 38 45 70 907 11 15 (600) 48 58 51,026 (3000) 38 45 133 34 47 60 85 228 86 567 69 760 823 30 41 94 900 51 52,062 174 76 229 315 26 436 60 (1500) 546 58 601 65 84 700 26 (300) 49 (300) 56 (300) 77 804 71 76 952 91 53,000 27 45 54 83 126 (1500) 33 52 62 96 231 361 (300) 84 486 590 621 713 29 32 50 72 86 837 65 933 86 54,028 76 83 94 112 49 (300) 99 313 41 57 62 98 403 32 41 79 (300) 506 35 87 663 818 48 950 55,055 100 2 (300) 33 99 231 32 34 (1500) 46 (300) 343 55 91 405 17 69 82 648 711 (300) 89 56,001 (300) 118 (300) 22 266 91 97 363 79 454 (600) 97 502 21 51 58 (300) 617 95 96 (300) 736 (600) 53 73 (3000) 80 (300) 820 58 79 (1500) 905 23 (1500) 38 40 57,025 160 222 45 305 (300) 18 511 (300) 67 75 (3000) 719 (300) 74 802 21 41 94 908 (300) 95 99 58,031 (3000) 50 171 (3000) 206 27 320 25 428 47 (300) 507 12 18 (300) 19 623 85 (300) 739 47 900 3 80 59,039 (3000) 68 251 316 86 432 87 99 518 (600) 35 604 30 45 748 816 38 74 82 83 947 72.

60,027 51 63 142 292 (300) 375 93 400 609 72 99 832 (300) 61 929 67 61,017 102 65 94 96 207 45 89 42 (300) 55 412 88 533 611 22 83 (3000) 706 38 98 62,039 56 98 272 320 525 80 642 65 703 812 51 904 42 (1500) 49 50 93 63,000 66 (600) 78 84 168 227 334 39 50 81 99 435 600 (300) 64 78 (300) 751 60 819 89 (3000) 64,021 74 84 86 90 107 46 236 43 86 87 (300) 349 433 624 49 (3000) 714 39 47 (3000) 55 849 903 (300) 34 40 66 65,025 46 52 161 (3000) 340 84 463 84 522 54 74 (1500) 93 (600) 634 58 62 822 52 70 960 82 (300) 97 66,140 62 64 (300) 89 211 21 26 33 43 50 91 357 445 95 (300) 529 56 606 20 744 823 82 83 901 40 (600) 67,095 (1500) 146 59 282 312 (300) 27 (300) 31 59 83 415 19 61 (300) 549 620 59 823 50 58 83 910 30 (600) 68,001 81 49 53 78 (300) 87 160 81 251 300 43 50 (1500) 89 519 26 61 80 620 26 59 757 89 97 929 63 (300) 69,031 33 44 59 133 211 334 565 93 739 862 927.

70,061 103 193 53 231 65 79 93 325 96 480 549 78 91 621 68 78 83 90 (600) 782 91 96 884 995 (600) 71,030 44 186 273 93 432 40 53 (3000) 60 526 68 86 608 17 46 717 63 74 850 76 950 72,032 39 81 180 204 91 348 61 520 35 45 (300) 64 650 (3000) 52 88 96 733 46 78 83 801 76 937 47 (300) 63 75 73,033 83 (3000) 90 172 224 25 46 78 412 554 646 55 72 708 11 32 824 86 979 83 74,076 135 275 76 317 (300) 50 466 (300) 517 97 626 710 66 77 811 30 88 992 75,027 (3000) 52 94 99 296 325 31 84 535 86 614 38 77 724 52 97 821 22 36 63 69 945 55 (600) 76,096 106 68 74 30 322 28 90 437 (3000) 80 85 558 59 93 604 (3000) 23 715 17 27 76 814 93 901 28 38 75 77,008 29 43 91 105 48 83 93 217 343 (600) 56 423 33 84 (3000) 503 645 733 96 879 87 61 78,037 (3000) 69 76 228 38 70 87 (600) 94 99 (300) 374 91 (300) 92 415 34 35 93 534 625 770 (300) 77 866 71 79,001 9 25 187 (600) 205 52 334 47 51 75 466 89 92 550 76 618 78 839 67 917 57.

80,019 (300) 20 26 28 36 41 75 147 (300) 233 49 302 42 52 440 (300) 85 87 98 514 24 (3000) 88 93 (600) 627 40 717 72 356 72 989 81,003 55 74 80 (300) 86 88 280 388 433 511 621 68 788 (1500) 810 (600) 45 3000 56 907 84 (3000) 82,032 46 62 209 42 92 309 18 24 (1500) 44 73 404 33 40 (300) 89 91 601 3 40 76 98 836 919 34 85 83,001 11 22 70 112 71 (300) 76 293 429 541 69 (1500) 711 33 (1500) 76 956 84,035 235 302 32 492 96 576 87 708 (300) 843 79 929 85,01 (600) 23 159 90 257 387 90 416 22 39 (600) 82 (600) 551 602 18 2

einem Redner ausgesprochen worden sein, es sei den Wählern der Partei des Neuen Wahlvereins ganz gleich, ob Fortschrittspartei oder Socialdemokrat. Sei ein derartiger Ausdruck gebraucht worden, so sei dies mit Absicht geschehen, um Leichtgläubige, die kein eigenes Urtheil haben, zu beeinflussen, oder derjenige, der ihn gebraucht, befände sich in voller Unkenntnis aller politischen Verhältnisse und Beziehungen. Redner protestirt auf das Allerbestimmteste dagegen, daß die Fortschrittspartei von Seiten der Conservativen mit den Socialdemokraten in einen Topf geworfen werde. Er glaube sich zu diesem Protest ganz speciell verpflichtet, da er an der Stelle stehe, von wo aus zuerst es gestattet sei, nachdem jenes Wort gefallen, dasselbe zurückzuweisen. Die Fortschrittspartei mache den Anspruch, mit jeder anderen Partei in der Anhänglichkeit zu Kaiser und Reich zu stehen, sie empfinde es mit einer gewissen Genugthuung, von der Socialdemokratie als ihre gefährlichste, kampfbereiteste und energischste Gegnerin anerkannt und gehäht zu werden. Die Richtigkeit dieser Bemerkung werde die conservativen Partei sofort zugeben, wenn sie sich daran erinnern, daß es immer und nur die Versammlungen der Fortschrittspartei seien, welche die Socialdemokraten zu stören suchten.

Hierauf erhielt Herr Dr. Gras das Wort zu seinem Vortrage über die bevorstehende Reichstagswahl. Es sei notwendig, führte derselbe aus, wenn man zu einer Neuwahl schreite, sich Rechenschaft von den seit der letzten Wahl eingetretenen politischen Veränderungen zu geben, um die Bedingungen kennen zu lernen, welche notwendig sind, wenn das Wahlrecht in angemessener Weise ausgeübt werden solle. Redner will daher zunächst an die Lage der politischen Verhältnisse bei der letzten Wahl erinnern und gedenkt dabei des Socialistengesetzes und des schon damals wenigstens in allgemeinen Zügen bekannten und besprochenen Finanz- und Steuer-Programms des Reichstanzlers. In dem auf den letzten Punkt näher eingeht, legt er die Bedeutung der Matricularbeiträge dar, deren Verringerung angestrebt wurde, um die Reichsregierung unabhängig zu machen von der Zustimmung der Einzelstaaten. Es habe sich, führt Dr. Gras weiter aus, bei den Finanz- und Steuerplänen des Reichstanzlers nicht um eine bloße Reform der Steuererhebung, sondern um eine vermehrte Besteuerung gehandelt. Eine solche Veränderung der Besteuerungsverhältnisse im Reich müsse aber sofort eine Rückwirkung auf die Finanzverhältnisse Preußens ausüben. Werde das Reich durch vermehrte Steuern in die Lage versetzt, die 87 Millionen an Matricularbeiträgen entbehren zu können, zu denen Preußen allein 41 Millionen beiträgt, dann müsse bei uns eine entsprechende Verminderung der Steuern eintreten, es müsse der Volksvertretung ein größeres Recht als bisher eingeräumt werden, event. die Steuern im Staate zu beschränken und zu verringern. Der einfachste Weg hierfür sei die Contingentierung der Steuern, gegen die aber der Reichstanzler sich erklärte. Auch der gegenwärtige Finanzminister habe bisher eine bestimmte Zusage nach dieser Richtung nicht machen können.

Redner geht demnach auf das in dem Briefe des Reichstanzlers vom 15. December v. J. niedergelegte Finanz- und Steuerprogramm ein. Dasselbe enthalte neben ganz unbefriedigenden Wahrheiten auch Irrthümer. Unbefriedigend wahr sei es, daß in Deutschland das System der indirecten Steuern ganz ungeändert entwickelt sei. Redner weist dies an der Besteuerung des Salzes und des Tabaks nach. Ebenso habe der Kanzler auch Recht, wenn er meinte, so lange unsere Nachbarstaaten sich durch Schutzzölle gegen die Einfuhr fremder, also auch deutscher Waaren abschließen, haben auch wir keinen Grund, im Wege des reinen, unbedingten Freihandels der Zufuhr fremder Waaren Thür und Thor zu öffnen. Für einzelne Gegenstände sei ein mäßiger Schutz Zoll möglich. Aber jede und alle Waaren mit einem Schutz Zoll belegen zu wollen, auch wenn sie denselben nicht bedürfen und ihn auch nicht notwendig haben, sei irrational und bedeute durchaus keine Rückkehr zu der guten alten Zollpolitik von 1818.

Redner geht demnach näher auf die Bedeutung der Korn- und Getreidezölle ein, wird aber jetzt, nachdem er schon längere Zeit durch fortwährende Zurufe und Bemerkungen in seinem Vortrage unterbrochen worden, ohne sich jedoch dadurch irgendwie in seinen Ausführungen beeinträchtigen zu lassen, durch so tumultuarische Erclamationen, durch Gejohle und Pfeifen gestört, daß er trotz seines bekanntlich recht ausgiebigen Organs doch kaum noch im Stande ist, durchzubringen.

Nachdem es dem Vorstehenden gelungen, nothdürftig die Ruhe wieder herzustellen, verlangt einer der Herren Socialdemokraten das Wort zur Geschäftsordnung, giebt aber auf die Frage des Vorstehenden, ob er zu den allein eingeladenen vereinten liberalen Parteien gehöre, wie Herr Kaiser in der vorgestrigen Versammlung, nur ausweichende Antworten. Da nun auch von anderen Seiten noch das Wort in förmlicher Weise gefordert wird, erklärt der Vorstehende, zunächst habe noch der Herr Referent das Wort und er gebe dasselbe jetzt Niemandem als diesem. Herr Dr. Gras fährt fort, weist auf die Verantwortlichkeit der Kornzölle hin und geht dann auf die politische Situation im vorigen Sommer ein, wird aber hier bei Erwähnung des Socialistengesetzes sofort durch ein dreifaches Hoch auf die Socialdemokratie und fortgesetzten Tumult unterbrochen. Dem Vorstehenden gelingt es durch seine Energie, abermals so weit Ruhe zu schaffen, daß er freilich unter sich stets steigender Unruhe, unter Gejohle und Gepfeife, erklären kann, er werde sich nicht zwingen lassen, die Sitzung zu schließen. Er sei anfangs mit aller Rücksicht den von Minute zu Minute lebhafter werdenden Störungen gegenüber getreten, werde aber jetzt ganz entschieden, wenn man dies Gebahren weiter fortsetze, das Gejohle anzuführen, bei der vorigen Wahl, wenn auch nicht direct, so doch indirect vom Neuen Wahlverein unterstützt wurden. Er empfehle allen Liberalen das engste Zusammenhalten, damit nicht der Westbezirk jetzt dasselbe Schauspiel erlebe, was der Ostbezirk im vorigen Sommer gesehen. Uebermaliger Tumult, dem gegenüber es jedoch dem Vorstehenden wiederum gelingt, sich Gehör zu verschaffen. Er erklärt, fortwährend jedoch vom Lärm unterbrochen, auf das Entschiedenste, sich durch keinen Druck von anderer Seite zu einem vorzeitigen Schluß der Versammlung zwingen zu lassen. Da sich von den allein eingeladenen liberalen Wählern Niemand mehr zum Worte melde, so möge man ihm noch einige Bemerkungen gestatten. Redner, dem es trotz seiner kräftigen Stimme bei dem fortgesetzten Lärm allerdings nur schwer gelingt, durchzubringen, empfiehlt in warmen Worten die Candidatur des Herrn Freund und bittet schließlich die anwesenden Gefinnungsgenossen, selbst auf die Gefahr hin, von besser geschulten Rednern überschrien zu werden, denselben ein dreifaches Hoch auszubringen. Dies geschieht, während die Socialisten rufen: Kräder hoch! Der Vorstehende erklärt die Versammlung für geschlossen und der Saal leert sich, ohne daß seitens der Herren Socialdemokraten, die mit dem erreichten Erfolge zufrieden zu sein schienen, weitere Störungen versucht werden. Als wir wenige Minuten nachher das Local verließen, herrschte bereits auf der Straße die vollständige Ruhe.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr. Bureau.)

Potsdam, 2. Febr. Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, Wirkliche Geheimrath v. Jagow ist in dieser Nacht am Herzschlage gestorben.

München, 1. Febr. Der Finanzausschuß hat heute den Antrag des Referenten Walter bezüglich einer Herabminderung der Militärlast beraten und schließlich abgelehnt.

Wien, 2. Febr. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Ministerial-Verordnung, datirt vom 1. Februar, betreffend das Verbot der Einfuhr und Durchfuhr mehrerer Waarengattungen aus Ausland anlässlich der in dem Gouvernement Astrachan herrschenden Epidemie.

Wien, 2. Febr. Wie die „Presse“ erfährt, soll zwischen dem Wiener und dem Pariser Verwaltungsausschuß der österreichisch-französischen Staatsbahn eine Differenz in Betreff der Bemessung der Dividende pro 1878 bestehen, indeß sei bereits sicher, daß eine Einigung dahin erzielt werden würde, daß die Dividende auf 27 Francs festgesetzt würde.

Wien, 2. Febr. Wie das „Telegraphen-Correspondenz-Bureau“ von zuverlässiger Seite erfährt, finden seit einiger Zeit auf Initiative Deutschlands zwischen Wien und Berlin Verhandlungen über den Artikel 5 des Prager Friedens statt. Da österreichischerseits auf die Aufrechterhaltung des Österreich-Ungarn in jenem Artikel bezüglich der Bevölkerung Nordschleswigs eingeräumten Rechtes kein Verzicht

gelegt wird, so sei alle Aussicht vorhanden, daß diese Verhandlungen zu wechselseitiger Befriedigung in einer den Wünschen Deutschlands entsprechenden Weise demnächst beendet würden und würde dadurch wiederum in überzeugender Weise die Intimität der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehenden Beziehungen documentirt werden.

Wien, 2. Febr. Die „Montags-Revue“ meldet, daß bezüglich des Artikels 5 des Prager Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland bereits ein Vertrag abgeschlossen worden wäre, in welchem Erstes auf die Geltendmachung der in jenem Artikel enthaltenen Klausel, nach welcher die Retrocession Nordschleswigs von einem Plebiszit abhängig gemacht wird, verzichtet.

Paris, 1. Febr. Der „Temps“ erfährt, daß der Ministerpräsident Dufaure dem Ministerconfeil mitgetheilt habe, daß sein Entschluß, sich zurückzuziehen, unwiderruflich sei. Auf alle Entgegnungen habe Dufaure geantwortet, daß die veränderte Lage der Dinge auch andere Männer verlange. Dufaure wird seinen Entschluß heute Abend auch Grévy anzeigen.

Paris, 2. Febr. Es bestätigt sich, daß der Ministerpräsident Dufaure auf seinem Entschlusse, sich zurückzuziehen, beharrt. Die Zeitungen enthalten verschiedene Angaben über seinen Nachfolger, namentlich werden Freycinet, Mareyre und Martel genannt.

Madrid, 2. Febr. Castelar und einige hundert ehemalige Deputirte der Cortes von 1873 richteten einen Wahlauftrag an die demokratischen Wähler, in welchem sie dieselben auffordern, bei den künftigen Corteswahlen für die legale Vertretung der demokratischen Partei zu wirken, sich aber jeder Ungefeßlichkeit zu enthalten und auf gefeßlichem Boden zu bleiben.

London, 2. Febr. Nach weiteren hier eingegangenen Nachrichten aus der Capstadt vom 14. v. Mts. haben 4 Colonnen der englischen Truppen, da der König Setgwayo auf das englische Ultimatum keine Antwort ertheilt hat, am 12. v. M. den Umgen- und den Tugela-Fluß überschritten und im Zululand Lager bezogen. Bisher sind die Truppen auf keinen Widerstand gestoßen. Wie es heißt, fürchte Setgwayo die Friedenspartei. Es wird nur schwacher Widerstand erwartet.

Edinburg. Das Urtheil in dem Prozeß gegen die Directoren der Glasgow-Bank ist heute Morgen publicirt worden. Dasselbe lautet gegen den Director Patier und den Gerant Stronach auf je 18 Monate Gefängniß, gegen Tayler, Inglis, Bright, Salmond und Steward auf je 8 Monate Gefängniß.

Kopenhagen, 2. Febr. Der Gistransport im großen Belt hat heute begonnen.

Petersburg, 2. Februar. Officielles Telegramm aus Astrachan vom 31. v. M.: In Westjanka und in den umliegenden Dörfern sind keine neue Erkrankungen vorgekommen. In Selitrenn befanden sich am 30. Januar 8 Kranke, von denen 2 starben. Am 31sten Januar kamen 3 neue Erkrankungsfälle und 3 Todesfälle vor; es verblieben somit 6 Kranke. Der dort fungierende Arzt Podgorstky meldet, daß die Epidemie auf 4 Bauernfamilien beschränkt blieb, welche im Verkehre unter einander gestanden hatten; die angewendeten Heilmittel seien ohne Erfolg geblieben, das einzige Präventivmittel sei die Isolirung. — Die nach den von der Pest inficirten Dörfern entsendete Sanitätscommission von Moskauer Aerzten hat sich für folgende Vorsichtsmaßregeln gegen die Weiterverbreitung der Pest erklärt: Herstellung von Unterkunftsplätzen für ca. 2000 Personen, Gratisverabreichung von warmer Nahrung, Desinfection der verdächtigen Dörfer, Herstellung von Defens in den Hospitälern behufs Verhinderung inficirter Wäsche und Kleidungsstücke, Ueberwachung der Speisehäuser und Schließung der ungesunden Erdgeschosse.

Risch, 2. Febr. Nachdem die Stupischina die Regierungsvorlage, betreffend die Aufhebung des Verfassungsartikels, welcher die Juden in Bezug auf die denselben zustehenden bürgerlichen Rechte beschränkt, nunmehr einstimmig definitiv genehmigt hat, ist nur noch die Sanction der außerordentlichen (großen) Stupischina erforderlich. Die Sitzungen der Stupischina sind heute geschlossen worden.

Washington, 1. Febr. Im Monat Januar hat die Staatschuld der Vereinigten Staaten um 2,752,000 Doll. abgenommen. Am 31. Januar befanden sich im Staatskassette 382,451,000 Doll. in Gold. — Staatssecretär Sherman hat wiederum 20 Mill. Doll. Schatzbonds einberufen. Die Zinszahlung hört am 1. Mai auf.

Plymouth, 1. Febr. Der Hamburger Postdampfer „Cimbria“ ist hier eingetroffen.

Handel, Industrie etc.

Berlin, 1. Februar. Spiritus loco ohne Faß 51,5 M. bez., per April-Mai 52,3—52,1—52,2 M. bez., per Mai-Juni 52,4—52,2—52,4 M. bez., per Juni-Juli 53,2—53,1—53,3 M. bez., per Juli-August 54,2—54,1 bis 54,3 M. bez., per August-September 54,7 M. bez., per Februar 51,4—51,2 bis 51,3 M. bez. Gef. 20,000 Liter. Kündigungspreis 51,3 Mark.

Breslau, 1. Februar. [Wochenmarkt-Bericht.] (Detail-Preise.) Im Laufe dieser Woche war die Frequenz an den hiesigen Wochenmärkten in Folge der kaltabenden strengen Kälte wiederum nicht sehr bedeutend, und auch die Zufuhren von außerhalb waren nur gering. Am lebhaftesten begehrte waren lebendes und geschlachtetes Geflügel, Wild sowie lebende Fische. — Cerealien und sonstige Lebensbedürfnisse mußten zumeist aus zweiter Hand gekauft werden, da wenig Landleute als Verkäufer erschienen waren. Notirungen:

Fleischwaaren auf dem Burgfelde und Zwingerplätze: Rindfleisch pro Pfund 55—60 Pf. von der Keule, dito vom Bauche 50—55 Pf., Schweinefleisch pro Pf. 55—60 Pf., Hammelfleisch pro Pf. 50—55 Pf., Kalbfleisch pro Pf. 50—55 Pf., Kalbskopf pro St. 70—80 Pf., Kalberfüße pro St. 50—60 Pf., Kalbsgeschlinge mit Leber 1 M. 50 Pf. bis 1 M. 80 Pf., Geschlinge vom Hammel nebst Leber 80 Pf. bis 1 M., Geflügel pro Portion 50 Pf., Kalbsgehirn 25 Pf. pro Portion, Rubenteiler pro Pf. 30 Pf., Rindszunge pro St. 2½—3 M., Rindsnieren pro Paar 60—80 Pf., Schweineieren pro Paar 20—30 Pf., Schöpfennieren pro Paar 5 Pf., Schöpfentopf pro St. 40—50 Pf., Speck pro Pf. 90 Pf. bis 1 M., Schweinefett (unangeflößt) pro Pf. 70 Pf. bis 1 M., Randschweinefleisch pro Pf. 80 Pf. bis 90 Pf., Schinken, gekocht, 1 Mark 20 Pf. pro Pf., amerikanischer Speck, ungeräuchert pro Pf. 90 Pf., geräuchert 1 M., amerikanisches Schweinefleisch pro Pf. 55 Pf.

Fische und Krebse. Aal, lebender, 1 M. 50 Pf. bis 1 M. 80 Pf., geräuchert 1 M. 60 Pf. pro Pfund, Lachs pro Pfund 2 M. 30 Pf., Klabian pro Pf. 40 Pf., Seezunge pro Pf. 1 M. 60 Pf., Zand pro Pf. 1 M. 20 Pf., Fuchsbichle, lebende, 60—70 Pf., Seehechte, todt, 50 Pf., pro Pf., Schleie pro Pfund 90 Pf., Karpfen pro Pfund 60 Pf., Spiegelfarpen pro Pfund 1 M. 20 Pf., Forellen 1 M. pro St. 4, Hummer pro St. 2½ M., Gemengte Fische pro Pf. 50 Pf., Auster pro D. 1 M. 80 Pf. bis 2 M., Federdieb und Eier. Auerhahn pro St. 6—9 Mark, Auerhennchen pro St. 4—6 Mark, Capaun pro St. 3 bis 4 Mark, Hühnerhahn, pro St. 1 Mark 50 Pf. bis 2 Mark, Hühner 1½ bis 2 Mark, Tauben pro Paar 70 bis 80 Pf., Gänse pro St. 3—4 M., Enten pro Paar 3—4 Mark, Hühnererle das Schock 3 M. 60 Pf., die Mandel 90 Pf.

Geflügelartes Geflügel. Gänse, St. 3—6 Mark, St. 60 Pf., Gänse pro Paar 3—4½ M., Capaun pro St. 2 M. 50 Pf., Tauben, Paar 70—80 Pf., Gänselein, Portion 60 Pf., Gänselebern pro St. 30 Pf. bis 1 M.

Wild. Hirsche, pro Pfund 30—60 Pf. Rehbock 17½ Kilo 22—24 M., Hasen pro St. 3 M. 10 Pf., Fasanen pro Paar 9 Mark, Großvögel, das Paar 35 Pf.

Brodt, Mehl und Hülsenfrüchte. Landbrot 5 Pfund 50 Pf., Commisbrot pro St. 40 Pf., Weizenmehl pro Pf. 18 Pf., Gerstenmehl pro Pfund 12 Pf., Haidebrot pro Liter 30 Pf., gestampft Hirsche pro Liter

40 Pf., Erbsen pro Liter 25 Pf., Bohnen pro Liter 25 Pf., Linsen pro Liter 30 Pf., Graupen pro Liter 50—70 Pf., Gerst pro Liter 40 Pf. Waldrüchte. Preiselbeeren pro Liter 30 Pf. Moos zum Auspolstern der Doppelbetten pro Korb 40 Pf., getrocknete Pilze das Maßchen 20 Pf. Feld- und Gartenfrüchte. Kartoffeln pro Sack 2 Mark 50 Pf. bis 2 M. 80 Pf., pro 2 Liter 8 Pf. Mohrrüben die Mandel 25 Pf. Welschtraut pro Mandel 50 Pf. bis 1 M. Weiktraut und Blautraut pro Mandel 1½ bis 2 Mark. Wafferrüben pro Liter 10 Pf. Oberrüben pro Mandel 10 Pf. Spinat pro 2 Liter 30 Pf., Grünkohl pro Mandel 20 Pf., Blumenkohl pro Noje 30 Pf. bis 50 Pf., Sellerie pro Mandel 1 bis 2 Mark, Meerrettig pro Mandel 2—3 Mark, Kürbisse pro Liter 10 Pf., Petersilienwurzel pro Gebund 10 Pf., Zwiebeln pro Liter 40 Pf., Perlzwiebeln pro Liter 1 Mark, Schnittlauch pro Schill 15 Pf., Knoblauch 1 Liter 50 Pf., Borre pro Gebund 10 Pf., Chalcotten pro Liter 25 Pf., Endivienalat pro Kopf 10 Pf.

Südfrüchte, frisches und gedörrtes Obst. Äpfel pro 1 Liter 15—20 Pf., Apfelsinen pro St. 20 Pf., Citronen pro St. 10 bis 15 Pf., Feigen pro Pf. 60 Pf., Datteln pro Pf. 80 Pf., Welsche Nüsse pro Liter 30 Pf., Haselnüsse pro Pfund 40 Pf., gebadene Äpfel pro Pf. 60 Pf., Bräunellen pro Pfund 1 Mark 20 Pf., Oberrüben pro Pfund 80 Pf., gebadene Birnen pro Pfund 30 bis 40 Pf., gebadene Kirschen pro Pf. 50 Pf., geb. Pflaumen pro Pf. 20 bis 40 Pf., Pflaumenmus pro Pf. 50 Pf., Hagbutten pro Liter 20 Pf., Johannisbrot pro Pf. 50 Pf. Dohn 2 Liter 60 Pf.

Rüchen- und Fischbedürfnisse. Butter, Speise- und Tafelbutter pro Pf. 90 Pf. bis 1 M., Kochbutter 80 Pf., süße Milch 1 Liter 12 Pf., Sahne 1 Liter 40 Pf., Buttermilch 1 Liter 6 Pf., Olmüher Käse pro Schock 1 M. 40 Pf. bis 2 M. 80 Pf., Limburger Käse pro St. 75 Pf. bis 1 M., Sahnlase pro St. 20 bis 25 Pf., Kuchlase pro Mandel 50 bis 70 Pf., Weichlase pro Maß 5 Pf.

Breslau, 1. Februar. [Stahl-Submission.] Bei der königlichen Eisenbahn stand die Lieferung des Werkstättenbedarfs an Stahl zur öffentlichen Submission und zwar 1) 4000 Kilogramm Schweistahl, 2) 33,000 Kilogramm Gußstahl zu Febern, 3) 9000 Kilogramm Gußstahl zu Werkzeugen. Von den eingegangenen 27 Offerten erwähnen wir die folgenden: Es verlangten per 100 Kilogramm: die Sächsische Gußstahlfabrik in Döhlen ad 1 32 M., ad 2 18 M., ad 3 90 M. frei Postschiffel, 34,45 M., 19,10 M. und 92,45 M. frei Berlin; Gebrüder Bräuningshaus u. Comp. in Werdohl ad 1 27 M., ad 3 68 M. frei Berlin; A. Mannesmann in Remscheid ad 1 40 M., ad 3 80 M. frei Berlin; die Rheinischen Stahlwerke in Ruhrort ad 2 14,50 M. frei Ruhrort, 16,52 M. frei Berlin; Oscar Bartels in Breslau ad 1 35,75 M., bei Wagenladungen 1 M. billiger frei Bromberg; J. C. Söding u. Halbach in Hagen ad 1 38 M., ad 3 85 M. frei Hagen, 3 M. theurer frei Berlin; Säger Gußstahlwerk ad 2 23,50 M. frei Oberhausen, 26,20 M. frei Berlin; Bochumer Verein ad 2 17 M. frei Bochum, 19,72 M. frei Berlin; Emil Oberwacht in Berlin ad 1 25,50 M., ad 3 80 M. frei Berlin; Friedrich Krupp in Essen ad 2 18 M. frei Essen, 20,65 M. frei Berlin, nur bei Wagenladungen, ad 3 100 M. frei Essen, 106 M. frei Berlin; Gebr. Bongardt in Limburg ad 1 39 M., ad 2 20 M., ad 3 63,50 M. frei alle Werkstätten; Jacob Raben's Söhne u. Co., Berlin, ad 1 41 M., ad 2 74 M. frei Berlin; C. G. Dellschau, Berlin, ad 2 21 M., ad 3 90 M. frei Berlin; Möller u. Schreiber in Berlin ad 1 gewöhnlich 33 M., raffiniert 51,50 M., ad 3 105 M. frei Berlin; Wiedemann und Möhr, Grenzhammer bei Jümenau ad 1 35 M., ad 3 72 M. frei Arnstadt, 3 M. höher frei Berlin; Hermann Kirchhoff in Berlin ad 1 36 M., ad 3 90 M. frei alle Werkstätten.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(M. L. B.) Paris, 2. Februar, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% amortisierbare Rente —, 3% Rente 77, 12%, Anleihe von 1872 112, 63, Türkei 11, 95, Spanien erster —, do. inter. —, neue Egypter 237, 50, Chemins égyptiens —, Türkei Loose —, Banque ottomane 474, 37, Italiener —, österr. Goldrente —, ungar. Goldrente 70%, 1877er Russen —, Gefächtslos.

Berlin, 2. Febr., Nachm. 1 Uhr 20 Minuten. [Privatverkehr.] Creditactien 386,50—384,50—385,50—385,00, Franzosen 422,50—421,50 bis 422,50, Lombarden 111,00, 1860er Loose —, österr. Papierrente 53,00, do. Goldrente 63,00, do. Silberrente —, ungarische Goldrente 71,00 bis 70,75—70,90—70,75, Italiener 74,50, Türkei —, 1877er 5proc. Russen 83,10, Zweite Orient-Anleihe 55,50, Russische Noten per ultimo 194,75, Rumänier 29,00—29,50, Köln-Mindener Bahn 102,75, Bergisch-Märkische Bahn 76,00, Rheinische Bahn 105,75, Berlin-Stettiner Bahn —, Galizier 93,75—93,50—93,60, Ober-Schlesische Bahn —, Disconto-Commandit 126,75—126,40—126,50, Deutsche Bank —, Darmstädter Bank —, Reichsbank —, Laurahütte 65,75—65,00—65,25, Hibernia, Chamrod 49,75. Schwach, geringes Geschäft.

Nachbörse: Unverändert. Frankfurt a. M., 2. Februar, Nachm. [Effecten-Societät.] Wiener Wechsel —, Goldrente 63%, Silberrente 54%, Papierrente —, ungar. Goldrente 71%, 1877er Russen 83%, Darmst. Bank 113%, Oesterr.-ungar. Bank —, Creditactien 193%, Böhmische Westbahn 138%, Elisabethbahn 138, Galizier 187%, Nordwestbahn 95%, Franzosen 210%, Lombarden —, 1860er Loose 108%, 1864er Loose —, Amerikaner de 85 —, Meininger Bank —, Hess. Ludwigsb., —, ungar. Staatsloose —, do. Schatzanw., alte —, do. da. neue —, Reichsbank —, 11. Orient-Anleihe 55%, Rubig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 193%. Hamburg, 1. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-A. 116½, Silberrente 54, Dst. Goldrente 63%, ungar. Goldrente 71%, Creditactien 193%, 1860er Loose —, Franzosen 529, Lombarden 137½, Ital. Rente 74½, Neueste Russen 83½, Vereinsbank 120½, Laurahütte 64½, Commerzbank 100½, Norddeutsche 136, Anglo-deutsche 35½, Intern. Bank 84½, Amerik. de 1885 97½, Köln-Minden. St.-A. 102½, Rhein. Eisenbahn da. 105½, Bergisch-Märkische da. 76, Disconto 2½ pct. — Schluß abgeschwächt.

Hamburg, 1. Februar, Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine rubig. Roggen loco unverändert, auf Termine rubig. — Weizen per April-Mai 177 Br., 176 Gd., per Mai-Juni 179 Br., 178 Gd. Roggen per April-Mai 117 Br., 116 Gd., per Mai-Juni 119 Br., 118 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl rubig, loco 58½, per Mai 58½. Spiritus matt, per Februar 42½ Br., per März-April 42½ Br., per April-Mai 42½ Br., per Mai-Juni 42½ Br. Kaffee fest, aber rubig, Umsatz 1500 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 9, 75 Br. 9, 65 Gd., per Februar 9, 50 Gd., per März-April 9, 60 Gd. — Wetter: Frost.

Hamburg, 2. Februar, Nachm. [Privatverkehr.] Oesterr. Silberrente 54, do. Papierrente 52½, do. Goldrente 63%, ungarische Goldrente 70%, 1860er Loose 108½, Lombarden 137½, Credit-Actien 192½, Franzosen 526, 1877er Russen 83½, Köln-Mindener Bahn —, Rhein. Bahn —, Matt. Wien, 2. Febr., Vorm. 12 Uhr 5 Min. [Privatverkehr.] Credit-Actien 214,60, Franzosen 242,00, Galizier 217,00, Anglo-Austrian 93,50, Lombarden 63,75, Papierrente 61,35, österr. Goldrente 74,00, ungar. Goldrente 81,95, Marknoten 57,65, Napoleons 9,33. Rubig.

Liverpool, 1. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Rubig. Tagesimport 19,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 1. Febr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 6,000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Middl. Upland 5½, middl. Orleans 5½ D. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung 5½, März-April-Lieferung 5½ D.

Wien, 1. Febr., Vorm. 11 U. [Productenmarkt.] Weizen loco matt, Termine geschäftslos. — Wetter: Schnee.

Paris, 1. Februar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Februar 26, 75, per März-April 27, 00, per Mai-Juni 27, 25, per Mai-August 27, 75. Mehl behauptet, per Febr. 59, 00, per März-April 59, 00, per Mai-Juni 59, 25, per Mai-August 59, 75. Rüböl fest, per Februar 82, 50, per März-April 83, 00, per Mai-August 83, 75, per September-December 85, 25. Spiritus rubig, per Februar 58, 50, per Mai-August 57, 50. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 1. Februar, Nachmittags. Roggen behauptet, Nr. 10/13 per Februar 51, 00, 51, 50, Nr. 5/78 per Februar per 100 Kgr. 57, 50. Weizen behauptet, Nr. 3 per 100 Kgr. per Februar 61, 00, per März-April 61, 50, per Mai-August 62, 50.

Antwerpen, 1. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen rubig. Roggen still. Hafer vernachlässigt. Gerste rubig. Antwerpen, 1. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23½ bez. u. Br., per März 23½ bez. u. Br., per April 23½ bez. u. Br., per Septbr.-Decem-ber 26 Br. — Rubig.

Bremen, 1. Februar, Nachmittags. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 30, per März 9, 40, per April 9, 45, per Mai 9, 50, per August-December 10, 20.

